

### **KfW/ZEW-Gründungspanel: Nicht allen verleiht der Aufschwung Flügel**

Das starke Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 und die gute Arbeitsmarktsituation haben sich auf wirtschaftsaktive Gründungen und junge Unternehmen unterschiedlich ausgewirkt: Im Jahr 2010 wurden häufiger solche Gründungen realisiert, die es in der Krise aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten vermutlich nicht gegeben hätte. Diese Gründungen waren weniger innovativ, weniger umsatzstark und schufen weniger Beschäftigung als Gründungen im Jahr zuvor. Die vor oder während der Finanz- und Wirtschaftskrise gegründeten Unternehmen profitierten vom Aufschwung.

Dies sind Hauptergebnisse des KfW/ZEW-Gründungspanels. Mit dem KfW/ZEW-Gründungspanel schaffen die KfW Bankengruppe (KfW), das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim und der Verband der Vereine Creditreform eine Datenbasis, die als erster Längsschnittdatensatz in Deutschland die Entwicklung junger Unternehmen vom Zeitpunkt ihrer Gründung an über mehrere Jahre verfolgt und ein breites Spektrum unternehmens- und personenspezifischer Informationen bereitstellt. Grundlage der jährlich rund 6.000 Unternehmen umfassenden Stichprobe sind sogenannte wirtschaftsaktive Gründungen (=Unternehmen, die entweder in das Handelsregister eingetragen sind, die für die Gründung auf Fremdkapital, Handelskredite oder Ähnliches zurückgegriffen haben oder die auf sonstige Weise aktiv in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind). Die so erfassten Unternehmensgründungen sind tendenziell größer als diejenigen, die im breiten Gründungsgeschehen unter Berücksichtigung von Gründungen im Nebenerwerb und Freiberuflern verzeichnet werden.

Die Studie „KfW/ZEW-Gründungspanel 2011“ finden Sie im Internet unter [www.gruendungspanel.de](http://www.gruendungspanel.de). ■

### **Das Nachfolgeschehen im Zuge des demografischen Wandels**

Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) hat zusammen mit dem Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh), dem Institut für Entrepreneurship, Mittelstand und Familienunternehmen Berlin (EMF) und der Universität Siegen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine Studie zum Thema Generationswechsel im Mittelstand durchgeführt, deren Ergebnisse am 9. Dezember 2011 in Berlin vorgestellt wurden. Die Studie gibt für den Zeitraum 2000 bis 2009 einen Überblick über das allgemeine Existenzgründungs- und Nachfolgeschehen in Deutschland und speziell im Handwerk. Kern der Untersuchung ist, ob es in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung bis 2020 genügend Personen gibt, die an einer Übernahme interessiert sind. Die laufende Dekade ist durch eine zunehmende Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gekennzeichnet. Die Altersgruppe der über 50-Jährigen wächst, wohingegen die der 30- bis 50-Jährigen, aus der sich die Unternehmensnachfolger überwiegend rekrutieren, schrumpft. Der rückläufigen Anzahl der Übernahmeinteressierten steht bis 2020 eine steigende Anzahl von Übergaben gegenüber. Gleichwohl belegen die Schätzungen, dass die Anzahl der Übernahmeinteressierten weiterhin die Anzahl der anstehenden Übernahmen übersteigen wird. Aus dem demografischen Wandel ist bis 2020 somit rechnerisch keine Nachfolgelücke zu erwarten. Auch wenn bis Ende 2020 keine generelle Nachfolgelücke zu erwarten ist, gilt dies nicht zwingend für alle Branchen und Regionen.

Eine Kurzfassung der Studie steht zum kostenlosen Download unter dem Link [www.ifm-bonn.org/index.php?id=1049](http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=1049) zur Verfügung. ■

## FORUM

### **NUI Regionenranking 2010: Gründungsneigung in den Regionen Deutschlands verringert sich**

Die Gründungsneigung hat sich im Jahr 2010 in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten abgeschwächt. Der NUI-Indikator liegt 2010 im Durchschnitt aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland bei 158,9. D. h. pro 10.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter wurden 159 Gewerbebetriebe neu angemeldet. Dies ist das Ergebnis des aktuellen NUI Regionenrankings 2010, das die 412 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands nach ihrer Gründungsneigung ordnet. Kern des Rankingverfahrens ist der sogenannte NUI-Indikator, der die Zahl der Gewerbebeanmeldungen in einer Region ins Verhältnis zur erwerbsfähigen Wohnbevölkerung dieser Region setzt.

Die Gründungsneigung ist jedoch nicht in allen betrachteten Kreisen und kreisfreien Städten gesunken: So zeigt sich insbesondere in den Regionen der Spitzengruppe, aber auch in denen der Schlussgruppe ein Anstieg der Gründungsneigung im Vergleich zum Vorjahr. Den höchsten Anstieg beim NUI-Wert verzeichnet die Stadt Offenbach a. M. (von 417,8 auf 510,1), die im Jahr 2010 zum fünften Mal in Folge den Spitzenplatz belegt. In der Spitzengruppe sind die Regionen, anders als in der Schlussgruppe, überwiegend gleich geblieben. Dies macht deutlich, dass das Gründungsgeschehen zweigeteilt ist: Chancenorientierte Gründungen in prosperierenden Räumen mit bereits lebhaftem Gründungsgeschehen einerseits und aus der Not geborene Gründungen in gründungsschwächeren Regionen andererseits. Die regionalen Gründungsdisparitäten sind größer geworden.

Weitere Details zum Ranking und die Ergebnisse für alle betrachteten Kreise und kreisfreien Städten finden Sie unter dem Link [www.ifm-bonn.org/index.php?id=1044](http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=1044). ■

## Steuern & Finanzen

### Bundeswirtschaftsministerium setzt Förderung zur Stärkung des unternehmerischen Know-hows im Mittelstand fort

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) setzt seine bewährte Förderung von mittelständischen Unternehmen zur Stärkung ihres unternehmerischen Know-hows fort. Die entsprechenden Richtlinien, die Ende 2011 auslaufen, wurden jetzt bis 2014 verlängert. Die Förderung umfasst Zuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen zur Inanspruchnahme von Unternehmensberatung oder zur Teilnahme von Unternehmerinnen und Unternehmern oder Existenzgründern an Informations- und Schulungsveranstaltungen sowie Workshops.

Ab 1. Januar 2012 kommen neue Förderschwerpunkte hinzu. Gefördert werden dann auch Beratungen und Seminare zur Fachkräftesicherung, zur Übergabe von Unternehmen, zur Integration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in den Betrieb und zum Aufbau unternehmensinterner Schutzsysteme gegen Wirtschaftskriminalität.

Durch die Förderung des unternehmerischen Know-hows im Mittelstand sollen größenklassenspezifische Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Freien Berufe ausgeglichen werden. 2010 wurden rund 16.100 Beratungen und 4.465 Informations- und Schulungsveranstaltungen aus Mitteln des BMWi und des Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt.

Über die Bewilligung der Zuschüsse entscheidet das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Weitere Informationen finden Sie im Beratungs- und Schulungsportal des BMWi unter dem Link [www.Beratungsfoerderung.info](http://www.Beratungsfoerderung.info). ■

### ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm

Die Nachfrage in den ERP-Programmen hat sich im Jahr 2011 laut KfW Bankengruppe sehr erfreulich entwickelt. Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und die KfW beschlossen, Zusagen unter dem ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm bis auf weiteres zu KfW-Bedingungen zu erteilen.

Die Zusagen erfolgen deshalb nicht mehr zu ERP-Bedingungen, sondern als Programm der KfW. Über die künftige Förderung von Umwelt- und Energieeffizienzmaßnahmen durch die KfW werden wir an dieser Stelle nach Abschluss der KfW-Abstimmungsgespräche mit dem BMWi und BMU informieren. ■

### Aktuelle Infos zur Wirtschaftsförderung

Bis kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns noch folgende Neuigkeiten, Informationen und Änderungen im Bereich der Wirtschaftsförderung:

- Im Bundesanzeiger Nr. 174 vom 18. November 2011 wurden die „Änderung der Richtlinien zur Förderung 'e:Bio – Innovationswettbewerb Systembiologie' vom 26. Oktober 2011" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bekannt gegeben.

Ergänzende Informationen bzw. eine Kopie der Bekanntmachungen und Veröffentlichungen erhalten Interessenten beim Fachbereich 30 der Kammer unter Telefon (0 23 31) 3 90-3 46. ■

## Technologie

### Forschung, Entwicklung und Innovation auf dem Vormarsch

Deutsche Unternehmen investieren immer mehr in Forschung und Entwicklung. Im Jahr 2010 betragen die unternehmerischen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) knapp 58 Mrd. Euro. In diesem Jahre werden es voraussichtlich über 60 Mrd. Euro sein. Dies hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Rahmen seiner aktuellen Erhebung zu FuE festgestellt.

Mit dem Anteil der Wirtschaft von 1,89 Prozent wurde ein gesamter FuE-Anteil von 2,82 Prozent am BIP erreicht. Damit hat Deutschland das von der Europäischen Kommission gesetzte Ziel von 3 Prozent nahezu erreicht. Im internationalen Vergleich hängt Deutschland das Gros der EU-Staaten ab und liegt vor den USA. Nur wenige größere Staaten, namentlich Japan und Süd-Korea, investieren noch stärker in Forschung und Entwicklung.

In diesem Jahr beschäftigen die deutschen Unternehmen ca. 345.000 hoch spezialisierte FuE-Fachkräfte, das sind immerhin zehn Prozent mehr als vor fünf Jahren.

Weiterführende Informationen zur Rubrik Technologiestandort Deutschland unter dem Link <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Technologie-und-Innovation/Technologiepolitik/Rahmenbedingungen-fuer-Forschung-Innovation/technologiestandort-deutschland.html>. ■

## Unternehmenssicherung

Kurzexpertise: Selbstständige in der Grundsicherung

## FÜR DIE PRAXIS

In Deutschland sind rund 4,25 Mio. Menschen selbstständig tätig. Hiervon bezogen im März 2011 127.180 Leistungen zur Grundsicherung (ALG II). D. h. das Erwerbseinkommen reichte zur eigenen Existenzsicherung nicht aus, weshalb sie staatliche Leistungen benötigten. Seit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) im Jahr 2005 ist eine nahezu stetige Zunahme der Selbstständigen, die Grundsicherung beziehen, zu beobachten. Der Anteil der selbstständig erwerbstätigen ALG II-Bezieher an allen Selbstständigen ist von 1,7 Prozent im Jahr 2007 auf 2,9 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Die Ursachen für die dynamische Entwicklung bei den selbstständigen ALG II-Beziehern sind nicht in der Änderung der Rechtsnorm, sondern in der Entwicklung der Einkommen der Selbstständigen und der sogenannten Habitualisierung zu sehen. So verfügten im Jahr 2010 rund 270.000 Selbstständige noch nicht einmal über 500 Euro netto im Monat, wobei die Transferleistungen bereits eingeschlossen waren. 26,5 Prozent aller Selbstständigen (rund 950.000 Personen) hatten ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.100 Euro. Die Habitualisierung, d. h. die zunehmende Erfahrung mit der Gewährung und Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, könnte aus den Fördermaßnahmen für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit resultieren. Immerhin haben 1,7 Mio. Arbeitslose diese Fördermaßnahmen seit 2003 in Anspruch genommen. Der Habitualisierungsthese wird in weiteren Forschungen nächstes Jahr nachgegangen.

Weitere Informationen zur Studie nebst einem 82-seitigen Working Paper unter dem Link [www.ifm-bonn.org/index.php?id=1034](http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=1034). ■

### Die größten Familienunternehmen in Deutschland: Robust in der Krise

Die größten Familienunternehmen in Deutschland konnten im Jahr 2009 trotz der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ihre Eigenkapitalausstattung ausbauen. Dies gelang ihnen besser als der Vergleichsgruppe aller Großunternehmen. Von 2008 auf 2009 hat sich die durchschnittliche Eigenkapitalquote der rund 4.400 vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) analysierten größten Familienunternehmen von 31,3 Prozent auf 33,5 Prozent erhöht. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller deutschen Großunternehmen stieg hingegen von 27,3 Prozent auf 29,3 Prozent. Dies ist ein Ergebnis des aktuellen Berichts der Studienreihe "Die größten Familienunternehmen in Deutschland", den das IfM Bonn im Auftrag von Deutsche Bank AG und Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) erstellt hat.

Auch hinsichtlich der Umsatzentwicklung sind die größten Familienunternehmen besser durch die Krise gekommen als die Großunternehmen insgesamt. Mit einem Rückgang von 10 Prozent fiel der Umsatzeinbruch der Familienunternehmen geringer aus als bei allen Großunternehmen (12,3 Prozent). Im Vergleich zu dem erheblichen Umsatzrückgang war der Beschäftigungsrückgang mit 2,6 Prozent moderat.

Weitere Informationen unter dem Link [www.ifm-bonn.org/index.php?id=1028](http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=1028). ■

## Verbraucherpreisindex im November 2011

### *Verbraucherpreisindex für NRW*

NRW	November 2011	Oktober 2011
2005=100	110,4	110,5

### *Verbraucherpreisindex für Deutschland*

Deutschland	November 2011	Oktober 2011
2005=100	111,1	111,1
Veränd. gegen- über Vorjahr:	2,4 %	2,5 %

Weitere Informationen auf der Internetseite  
[www.sihk.de](http://www.sihk.de) unter der Dokument-Nr. 2632. ■

## REGIONALE WIRTSCHAFT

### Projekt "Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen": Chancen für den ländlichen Tourismus

In ländlichen Räumen hat der Tourismus eine besondere Bedeutung für Arbeitsplätze und Einkommen. Hier gibt es in Deutschland noch erhebliche Potenziale. Mit dem Ziel, die Chancen des Tourismus in ländlichen Regionen besser zu erkennen und zu nutzen, startet die Bundesregierung daher das Projekt "Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen". Mit Hilfe dieser Initiative soll die Vernetzung der Akteure und Zielgruppen weiter vorangebracht werden.

Im Fokus des Projekts "Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen" steht die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Praxisleitfäden. Das Projekt ist terminiert bis Januar 2013. Mit dem Projekt setzt die Bundesregierung auch eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag um. Die Umsetzung erfolgt im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durch den Deutschen Reiseverband (DRV) als Projektträger und der Unternehmensberatung Project M GmbH und in Kooperation mit dem Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH N.I.T.. Fachlich begleitet wird das Vorhaben durch einen Beirat, der zurzeit eingesetzt wird.

Weiterführende Informationen unter dem Link [www.bmwi.de/BMWi/Navigation/tourismus.html](http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/tourismus.html). ■

### NRW: 2,7 Prozent weniger Insolvenzen im dritten Quartal 2011

Im dritten Quartal 2011 meldeten die nordrhein-westfälischen Amtsgerichte 10.031 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt (IT.NRW) mitteilt, waren das 2,7 Prozent weniger als im entsprechendem Vorjahreszeitraum (damals: 10.306 Fälle). Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen summierten sich zwischen Juli und September 2011 nach vorläufigen Ergebnissen auf 2,8 Milliarden Euro (Juli bis September 2010: 4,1 Milliarden Euro).

28,6 Prozent (2.873) der Insolvenzen betrafen Unternehmen, das waren 3,7 Prozent weniger als im dritten Quartal 2010 (damals: 2.982 Fälle). Ferner beantragten weitere 7.158 Schuldner die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens; den Großteil machten dabei mit 6.650 Fällen die Verbraucherinsolvenzen aus (- 4,0 Prozent / bzw. damals 6.929 Fälle). Bei den übrigen 508 Fällen handelte es sich z. B. um ehemals Selbstständige, die nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, sowie Nachlässe und Ähnliches.

Wie die Statistiker weiter mitteilten, lag die Zahl der Insolvenzen in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 mit 29.272 um 3,6 Prozent niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2010. Dabei war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen mit 8.552 um 3,6 Prozent, jene der Verbraucherinsolvenzen mit 19.167 um 4,6 Prozent niedriger als von Januar bis September 2010.

Die Statistiker weisen darauf hin, dass bei den Unternehmensinsolvenzen Fälle von Unternehmen enthalten sind, deren Sitz außerhalb von Nordrhein-Westfalen liegt, aber deren Insolvenzabwicklung an einem nordrhein-westfälischen Amtsgericht erfolgt. Bei den von Januar bis September 2011 betroffenen 36 Unternehmen waren 4.049 Personen beschäftigt; die Gläubigerforderungen summierten sich hier auf 141 Millionen Euro. (Quelle: IT.NRW - 238 / 11), Düsseldorf, 6. Dezember 2011) ■

### NRW-Industrie 2010: 8,8 Prozent weniger Investitionen als 2009

Die nordrhein-westfälischen Industriebetriebe (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) investierten im Jahr 2010 rund 8 Milliarden Euro. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt (IT.NRW) mitteilt, waren dies 774 Millionen Euro oder 8,8 Prozent weniger als im Jahr 2009. Zum Vergleich: Der Rückgang zwischen 2008 und 2009 betrug 22,7 Prozent.

Der weitaus größte Teil der Investitionen entfiel auf Maschinen und maschinelle Anlagen. Die Investitionssumme für diese Ausrüstungsgüter ging gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Prozent auf 7,25 Milliarden Euro zurück. Stärker rückläufig zeigten sich die Investitionen in Immobilien. In bebaute Grundstücke wurden 712 Millionen Euro (minus 21,4 Prozent) und in unbebaute Grundstücke 37 Millionen Euro (minus 38,7 Prozent) investiert.

Zusätzlich zu diesen Investitionen wurden 585 Millionen Euro (minus 3,9 Prozent) für gemietete und gepachtete Sachanlagen aufgewendet. (Quelle: IT.NRW - 226 / 11, Düsseldorf, 18. November 2011) ■